

STUDIENKURS POLITIKWISSENSCHAFT

Michael T. Oswald

Das Regierungssystem der USA

3. Auflage



Nomos

STUDIENKURS POLITIKWISSENSCHAFT

**Lehrbuchreihe für Studierende der Politikwissenschaft
an Universitäten und Hochschulen**

Wissenschaftlich fundiert und in verständlicher Sprache führen die Bände der Reihe in die zentralen Forschungsgebiete, Theorien und Methoden der Politikwissenschaft ein und vermitteln die für angehende WissenschaftlerInnen grundlegenden Studieninhalte. Die konsequente Problemorientierung und die didaktische Aufbereitung der einzelnen Kapitel erleichtern den Zugriff auf die fachlichen Inhalte. Bestens geeignet zur Prüfungsvorbereitung u.a. durch Zusammenfassungen, Wissens- und Verständnisfragen sowie Schaubilder und thematische Querweise.

Michael T. Oswald

Das Regierungssystem der USA

3., aktualisierte und erweiterte Auflage



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-6950-6 (Print)

ISBN 978-3-7489-1062-6 (ePDF)

Die Voraufgabe war 2012 bei UTB (Nomos) erschienen unter dem Titel „Das Regierungssystem der USA. Eine Einführung“ (Autoren: Prof. Dr. Winand Gellner, Martin Kleiber, M.A.).

3., aktualisierte und erweiterte Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Das politische System der USA diente lange Zeit als Vorbild für andere Westliche Demokratien. Seine Verfassung fing den Geist der Aufklärung ein und fixierte zum ersten Mal in der Geschichte allgemeine Menschenrechte und Handlungsfreiheit für alle – zumindest auf dem Papier. Seine Konstruktion als gewaltenteilendes als auch gewaltenverschränkendes Regierungssystem sorgt häufig für Verständnisprobleme. Dazu tragen zudem seine lange Historie, die Pfadabhängigkeit seiner Entstehung und bisweilen als ‚eigenartig‘ empfundene Institutionen bei – wie das System der Wähler. Zudem lösten sich im Lauf der Zeit einzelne Gewalten von dem, was sich die Gründerväter in Bezug auf Normen, Vertrauen oder Kompromisse vorgestellt hatten. Heute dominiert die Politik eine ideologische Polarisierung, die bereits seit der Amtszeit Bill Clintons erkennbar war und sich über die Regierungszeiten von George W. Bush und Barack Obama hinweg vertiefte. Schließlich erreichte die Spaltung der Gesellschaft mit der turbulenten Präsidentschaft Donald Trumps einen neuen Höhepunkt.

Die Politik in den USA dreht sich zunehmend um über die Parteizugehörigkeit aufgezogene Fronten. Mit dieser Konstellation ist die amerikanische Politik in eine Phase geraten, die zum (Ver-)Schwinden des non-kontroversen Sektors (Fraenkel 1991) geführt hat und in der die Verachtung des politischen Gegners leitend ist. Zudem hat der Wandel der Gesellschaft – und vor allem ihre Spaltung – starke Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit des Regierungssystems, insbesondere in Form von Blockaden im politischen Prozess. Die parteipolitische Polarisierung führte u. a. im Winter 2018/19 zum längsten Stillstand des politischen Lebens. Was ursprünglich als Umsetzung des Pluralismus gedacht war, der wohl in keiner anderen politischen Nation so stark ausgeprägt ist, könnte damit zum Scheitern des ‚Experiments‘ USA führen.

Beim Studium des politischen Systems der USA drängt sich die Verwandtschaft zu den westeuropäischen Staaten auf, die sich in kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Dingen mit Händen greifen lässt. Dabei bleibt ein Gefühl von Fremdheit und Unsicherheit darüber, wie sich die europäischen Traditionen im Kontext eines so diversen Kontinents spiegeln. Schon für Alexis de Tocqueville (1805–1895) war die Reise nach Amerika so aufschlussreich, dass er uns bis heute nicht nur einen Klassiker der Reiseliteratur, sondern auch die erste empirische politische Analyse eines außereuropäischen politischen Systems hinterlassen hat.

Es wäre verwegen den Anspruch zu erheben, hier etwas auch nur entfernt Vergleichbares vorzulegen. Dennoch ist das Ziel dieses Buches, das amerikanische politische Regierungssystem so zu betrachten, wie es sich die Verfassungsväter wahrscheinlich vorstellten, und es darauf hin zu untersuchen, wie diese Ordnung im 21. Jahrhundert aussieht; zu einer Zeit also, in der zwar die Gesellschaft der USA tief gespalten und das Mediensystem zerklüftet ist, während trotz allen anderen aufstrebenden Mächten die Weltpolitik weiterhin durch die amerikanische Hegemonialstellung dominiert wird. Im vorliegenden Buch werden die einzelnen Gewalten erklärt und ihre Funktion in die Entstehungsgeschichte der Nation eingebettet. Zudem finden sich Kapitel zu Wahlen, zum amerikanischen Populismus

Vorwort

und zu Veränderungen des Mediensystems. Die Grundlagen der USA werden nicht nur erklärt, sondern mit anschaulichen Beispielen und Exkursen dargelegt. Dabei ist es unmöglich, allen nötigen Aspekten nachzugehen und jede Dimension der politischen Gesamtkonstellation zu erfassen. Dennoch kann sich ein gemeinsamer Nenner formulieren lassen, der so bislang in der durchweg verdienstvollen deutschen Amerika-Literatur noch nicht genügend herausgearbeitet wurde. Es handelt sich dabei um das Phänomen des *Gridlock*, des Politikstaus, der für die amerikanische Politik als prägend angesehen werden kann. Bereits die erste Amtsperiode von Barack Obama stand spätestens zur Zwischenwahl 2010 im Zeichen von *Gridlock*. Diese für ihn und seine Partei verheerenden Kongresswahlen 2010 kann als Phase eines extremen *Gridlocks* bezeichnet werden. Nicht zuletzt führte die Verhärtung der Fronten schließlich auch zur Wahl Donald Trumps. Entscheidend ist, dass wir trotz aller gegenläufigen Momentaufnahmen in der amerikanischen Innen- und Außenpolitik kein wirklich dauerhaftes Ungleichgewicht und daher auch keinen wirklichen *Fortschritt* zu mehr gleichförmiger und zielgerichteter Politik zu erkennen vermögen. Es handelt sich bei den USA vielmehr um ein politisches Gemeinwesen, das zwischen Markt und Staat, Privatheit und Öffentlichkeit sowie in der Außenpolitik zwischen Interventionismus und Isolationismus schwankt und dabei keine dauerhafte Richtungsentscheidung gefällt hat. Genauso wenig wie es *typische* US-Amerikaner gibt, gibt es *typisch* US-amerikanische Politik, es sei denn, man sieht das Idealziel amerikanischer Politik darin, dass sich auf Dauer keine der Kräfte im Machtparallelogramm der Vereinigten Staaten durchzusetzen vermag. Dies gilt auch für die Ära Trump, in der die *Checks and Balances* herausgefordert, jedoch nie gebrochen wurden – auch die Trump-Regierung fügte sich beispielsweise stets Gerichtsentscheidungen. Insoweit kann man *Gridlock* durchaus als prozedurale Voraussetzung und gleichzeitig als Beschreibung des Pluralismus ansehen, der wohl in keiner anderen politischen Nation so stark ausgeprägt ist. Gleichwohl ist die ideologische Polarisierung in den USA Anlass genug, neu über *Gridlock* nachzudenken und eine völlig überarbeitete Fassung dieses Buches zu erstellen. Neben vielen Aktualisierungen finden sich mehrere Kapitel zur Präsidentschaft Trumps, zum amerikanischen Populismus und zu Veränderungen im Bereich der Medien. Um die Politik in den USA und die Umbrüche, Konflikte etc. richtig einordnen zu können, ist allerdings ein Blick auf die Geschichte und Staatswerdung der USA unverzichtbar. Diese Grundlage wird zu Beginn des Buches in knapper Form gelegt.

Ein einführendes Lehrbuch, das sich neben der interessierten Öffentlichkeit im Besonderen an Studierende der Politikwissenschaft und der Amerikanistik wendet, stellt immer einen Kompromiss zwischen Wissenschaftlichkeit und Verständlichkeit dar. Beiden Anforderungen sollte man nach Möglichkeit gerecht werden. Im Zweifelsfall waren die größere Aktualität und bessere Lesbarkeit leitend. Die Auswahl der Einzelthemen entspricht im Wesentlichen den gängigen Einführungswerken und eigenen Forschungsschwerpunkten.

Danken möchte ich Elisabeth Haas und Mario Schäfer für die redaktionelle Mitarbeit – für alle verbleibenden Fehler ist allein der Autor verantwortlich. Auch Sabine Lörner sei für ihre kreative Mithilfe bei der Erstellung der Abbildungen ge-

dankt. Ein besonderes Dankeschön möchte ich Prof. Dr. Winand Gellner aussprechen, der mich nicht nur zehn Jahre lang vom Studium bis durch die Post-Doc-Zeit begleitet hat, sondern mir auch die Grundlage für dieses Buch bereitgestellt hat. Meine wissenschaftliche Karriere war nur durch seine Nachwuchsförderung möglich. Der größte Dank gebührt Valentina, Ava und Levi – vor allem einfach dafür, dass es euch gibt.

Passau, März 2021

Dr. Michael Oswald

Inhalt

Vorwort	7
Abbildungsverzeichnis	15
Tabellenverzeichnis	16
Einleitung	17
1. Vom Recht frei zu sein und sein Erbe in der Politischen Kultur	19
1.1 Die Gründung eines neuen Staates & das Erbe der Revolution	21
1.2 Glaube und Realität	28
2. Die Verfassungsorgane	35
2.1 Entstehungsgeschichte der Verfassung	35
2.2 Unveräußerliche Naturrechte und Limited Government	47
2.3 Horizontale Gewaltenteilung	49
2.4 Vertikale Gewaltenteilung	52
3. Die Legislative	55
3.1 Organisation	56
3.1.1 Das Repräsentantenhaus	56
3.1.2 Der Senat	58
3.2 Aufgaben	59
3.2.1 Die Kongresskammern: Ähnliche Kompetenzen und doch sehr unterschiedlich	59
3.2.2 Der Check des Impeachments	59
3.2.3 Weitere Kompetenzen	61
3.3 Politische Führung und Arbeitsweise	63
3.3.1 Führungsämter	63
3.3.2 Die Ausschüsse im Kongress	66
3.4 Der Gesetzgebungsprozess	70
3.4.1 Grundlagen	70
3.4.2 Der Gesetzgebungsprozess im Einzelnen	71
3.5 Die Haushaltsverhandlungen	78
3.6 Haushalt und Außenpolitik	82
3.7 Kontrolle der Exekutive	83
3.8 Der Kongress in der Außenpolitik	85
4. Die Exekutive	91
4.1 Die Präsidentschaft seit 1945	91
4.2 Formale Machtmittel	108
4.2.1 Institutionelle Machtmittel	109
4.2.2 Informelle Machtmittel	116
4.3 Entscheiden im präsidentiellen System der USA	119
4.3.1 Organisationsstile der politischen Entscheidungsgewalten	121
4.3.2 Präsidentielle Politikstile in Außen- und Innenpolitik	123

Inhalt

4.4	Präsidialverwaltung	126
4.5	Präsidenten in der Außenpolitik	128
4.5.1	Oberbefehlshaber der Streitkräfte	131
4.5.2	Internationale Verträge	132
4.5.3	Der Präsident und die weitere Exekutive in der Außenpolitik	134
4.5.4	Das Außenministerium	134
4.5.5	Das Verteidigungsministerium	137
4.5.6	Die Intelligence Community	139
4.5.7	Die Außenpolitik Präsident Trumps	142
5.	Die Judikative	147
5.1	Organisation des Gerichtswesens	148
5.2	Das oberste Bundesgericht der USA – der Supreme Court	153
5.3	Richterliche Kontrolle	157
5.4	Politisierung der Judikative	163
5.4.1	Judicial Activism und Judicial Restraint	163
5.4.2	Nominierung von Richtern	170
6.	Vertikale Gewaltenteilung – Föderalismus in den USA	175
6.1	Kulturelle und staatsrechtliche Grundlagen	175
6.2	Entwicklung des Föderalismus in den USA	180
6.3	Kommunalregierungen	185
6.4	Sonderfall amerikanische Ureinwohner	187
6.5	Föderalismus im politischen Diskurs	187
7.	Politische Parteien	193
7.1	Parteien und Gewaltenteilung	193
7.2	Geschichte der amerikanischen Parteien	195
7.2.1	Die Anfangszeit der Vereinigten Staaten	196
7.2.2	Parteien während der Jacksonian Democracy	197
7.2.3	Bürgerkrieg	199
7.2.4	Die Ära der Machines	200
7.2.5	Moderne nach 1945	202
7.2.6	Amerikanische Parteien in der Gegenwart	205
7.3	Parteienorganisation	209
7.3.1	Party-in-Government	209
7.3.2	Party-as-Organization	213
7.3.3	Party-in-the-Electorate	218
8.	Wahlen	223
8.1	Kongresswahlen	226
8.2	Präsidentschaftswahlen	230
8.2.1	Von der Idee auf den Wahlzettel – die Vorwahlen in den USA	230
8.2.2	Die Wahlkampfphase nach den Vorwahlen	233
8.2.3	National Convention	234
8.2.4	Bundesweite Wahlen	235
8.3	Wahlen und Wahlergebnisse seit 2000	237

8.4 Wahlverhalten	238
8.4.1 Ethnizität	239
8.5.2 Einkommen und Bildung	240
8.5.3 Religion	240
8.5.4 Alter und Geschlecht	241
8.5.5 Regionalspezifische Konflikte	241
8.6 Wahlbeteiligung	243
8.7 Wahlkampffinanzierung	244
8.7.1 Öffentliche Wahlkampffinanzierung	247
8.7.2 Wahlkampffinanzierung aus privaten Mitteln	249
8.7.3 Kritik	250
9. Interessengruppen und Think Tanks im politischen Prozess	253
9.1 Interessengruppen	253
9.1.1 Ein-Themen-Interessengruppen und Verbände	256
9.1.2 Stiftungs- und Spendenwesen	257
9.1.3 Interessengruppen in der Außenpolitik	259
9.2 Politikberatung in den USA: Think Tanks als Ideenagenturen	261
9.2.1 Dominanz der "Universitäten ohne Studenten"	262
9.2.2 Interessenorientierte Think Tanks	265
9.2.3 Ideenagenturen als Vorbild und Notwendigkeit	269
10. Medien in den USA	271
10.1 Strukturen der Medienlandschaft	271
10.2 Zerklüftung der Medienlandschaft	274
10.3 Medien und Demoskopie im Meinungs- und Willensbildungsprozess	276
11. Der amerikanische Populismus – damals und heute	283
11.1 Der Begriff des Populismus	283
11.2 Früher Populismus	284
11.3 People's Party	286
11.4 Von Wallace zu Nixons Southern Strategy	288
11.5 Die TEA Party: Der Pro-Finanzeliten-Populismus	290
11.6 Frustration und der Populismus seit 2015	292
11.7 Der Populismus seit 2015	294
12. Bürgerrechte und Zivilgesellschaft	297
12.1 Civil Liberties	297
12.2 Civil Rights	298
12.3 Staat und Religion	302
12.4 Einschränkung der Bürgerrechte – Das Beispiel USA Patriot Act	304
12.5 Zivilgesellschaft in den USA	306
Antworten zu den jeweiligen Fragen an den Kapitelenden	309
1. Vom Recht frei zu sein und sein Erbe in der Politischen Kultur	309
2. Die Verfassungsorgane	309
3. Die Legislative	309
4. Die Exekutive	310

Inhalt

5.	Die Judikative	310
6.	Vertikale Gewaltenteilung – Föderalismus in den USA	310
7.	Politische Parteien	311
8.	Wahlen	311
9.	Interessengruppen und Think Tanks im politischen Prozess	311
10.	Medien in den USA	312
11.	Der amerikanische Populismus – damals und heute	312
12.	Bürgerrechte und Zivilgesellschaft	312
	Bibliographie	313
	Sachregister	321
	Personenregister	329
	Bereits erschienen in der Reihe STUDIENKURS POLITIKWISSENSCHAFT (ab 2017)	331

Einleitung

Nach knapp 250 Jahren ihres Bestehens sind die USA nicht mehr jenes politische System, das die Gründerväter visioniert hatten. Die politische Radikalisierung und der Gesellschaft haben die politischen Entscheidungsträger nicht nur in eine permanente Pattsituation gebracht, auch das politische System galt immer wieder als gefährdet. Allerdings hat sich das System der Checks and Balances auch in der turbulenten Präsidentschaft Donald J. Trumps bewährt und das politische System ist nach wie vor intakt, wenn auch mit Defiziten. Die älteste noch funktionierende demokratische Republik der Welt büßte damit jedoch an seiner ‚Leuchtturmfunktion‘ ein, Vorbild für die Demokratien in der Welt zu sein. Dennoch ist es eines der politischen Leitsysteme, in dem Demokratie und Menschenrechte auf Basis einer liberalen Staatsphilosophie zum ersten Mal in einem Flächenstaat umgesetzt werden sollten.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind nach einem Klassiker der politikwissenschaftlichen Literatur die erste *Neue Nation* (Lipset 1979). Auch Alexis de Tocqueville sprach von den USA als der ersten modernen Massendemokratie. Insoweit ist es nach wie vor relevant, sich mit den USA zu beschäftigen, umso mehr, weil die Rolle der heute, und bis auf Weiteres einzigen, Supermacht in der Weltpolitik nach wie vor umstritten und unklar ist. Genauso wie die USA der erste moderne Staat und damit ein Modernisierungspionier waren, wurden sie spätestens nach dem Ende des Kalten Krieges auch als letzte politische Macht der Moderne gesehen. Francis Fukuyama sprach seinerzeit vom Ende der Geschichte und hatte damit den endgültigen Triumph des Liberalismus amerikanischer Prägung vor Augen (Fukuyama 2006). Wenngleich diese Einschätzung wohl genauso voreilig und falsch wie diejenige von Friedrich Hegel war, der im preußischen Staat den Gipfel und die Vollendung staatlicher Herrschaft sah, bleibt doch zu fragen, ob die mit den USA begonnene moderne Staatlichkeit auch mit den USA zu ihrem Ende gekommen ist. Denn alles das, was unter den Stichwörtern *Individualisierung* und *Globalisierung* diskutiert wird, und in der Konsequenz nichts anderes darstellt als eine faktische *Amerikanisierung*, prägt das Weltgeschehen auf eine fast imperiale Weise, deren Ende trotz entsprechender Vorhersagen nicht absehbar ist. Ungeachtet alles vermeintlichen Wissens über diese erste und letzte moderne Nation herrscht immer noch vergleichsweise wenig Verständnis für diesen Staat und seine politisch-kulturellen Grundlagen. Auch die angebliche ökonomische, kulturelle und ideologische Nähe zu anderen Staaten der westlichen Welt erweist sich bei genauerem Hinschauen als trügerisch: Die USA sind mehr als nur eine moderne Ausgabe westlicher Demokratien und sie sind uns politisch-kulturell ferner als oft angenommen wird. Nicht zuletzt ist dieser *American Exceptionalism* in der Selbstwahrnehmung der Amerikaner stets präsent – bei Beobachtern jedoch oft nicht.

Amerikanische Vorstellungen von der Gewaltenteilung und -verschränkung, der Rolle der Medien, Parteien und Interessengruppen im politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess sind im Vergleich zum europäischen parlamentarischen Politikverständnis so unterschiedlich, dass Missverständnisse im transatlantischen

Einleitung

und transpazifischen Diskurs oft zwangsläufige Folge sind. Dabei ist die Frage danach, wie die komplizierte Binnenkonstellation des gewaltenteilenden Systems der USA mit den politisch-kulturellen Befindlichkeiten zusammenhängt, entscheidend für das Verständnis der weltpolitischen Rolle der *Hyperpuissance* (Hubert Védrine). Die USA sind das de facto Laboratorium der politischen Moderne und insoweit gezwungen, den Herausforderungen der modernen Massendemokratie gerecht zu werden. In anderen westlichen Staaten werden diese Entwicklungen mit Verzögerungen rezipiert und adaptiert. Auch wenn sich der für kulturelle Phänomene festgestellte Verzögerungseffekt von etwa zehn Jahren verkürzt haben mag und mitunter einer beinahe Gleichzeitigkeit nahekam, hat die politische Amerikanisierung in den restlichen Demokratien erst ansatzweise ihren Niederschlag gefunden. Von der Regierungstätigkeit über den parlamentarischen Entscheidungsprozess, von den Problemen der vertikalen Gewaltenteilung bis hin zur Rolle von Interessengruppen, Parteien und Medien haben die USA Institutionen entwickelt, die für moderne politische Prozesse prägend, wenn nicht vorbildhaft sind. Dies mag in Bezug auf einige Entwicklungsaus demokratietheoretischer Perspektive bedauert werden, gleichwohl ist gut beraten, wer anhand der USA studiert, wie politische Prozesse im modernen Staat ablaufen. Zu vieles wird ansonsten durch den Schleier der eigenen nationalen, politisch-kulturellen und traditionellen Gepflogenheiten wahrgenommen. Wer die politische Zukunft der westlichen Welt verstehen will, muss sich ohnehin zwingend mit der Gestalt amerikanischer politischer Institutionen auseinandersetzen.

1. Vom Recht frei zu sein und sein Erbe in der Politischen Kultur

Am 4. Juli 1776 wurde die Loslösung der amerikanischen Kolonien vom Königreich Großbritannien besiegelt: Der Zweite Kontinentalkongress in Philadelphia verabschiedete an jenem Tag die Unabhängigkeitserklärung. Sie war die erste offizielle Erklärung der Vertretung eines Volkes, in der sein Recht auf Souveränität eingefordert wurde. Die zentrale Aussage der Unabhängigkeitserklärung lautet:

Kernsatz

Alle Menschen sind gleich geschaffen und mit unveräußerlichen Rechten ausgestattet, zu denen das Recht auf Leben, die Freiheit und das Streben nach Glück gehört; diese gilt es, durch eine vom Volk eingesetzte Regierung zu schützen.

Allein der Gedanke war hierbei revolutionär. Bis der ähnlich lautende Passus ‚Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren‘ in die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* einging, sollte es noch bis 1948 dauern.

Bis die Kolonien eine zentrale Regierung einsetzten, die den Schutz der jener Rechte gewährleisten würde, vergingen noch zwölf weitere Jahre. Zunächst waren die Delegierten auf den Wahrung der Selbstbestimmung ihrer jeweiligen Einzelstaaten bedacht. Sie beschlossen daher auf dem Kontinentalkongress am 15. November 1777 lediglich einen lockeren, aber dennoch beständigen Zusammenschluss der im Grunde souveränen Einzelstaaten: Sie gründeten die *Perpetual Union* mit den *Articles of Confederation* (vgl. hierzu Kapitel 2). Diese *Articles of Confederation* bilden im Grunde die erste Verfassung der Vereinigten Staaten, auch wenn sie heute lediglich als Vorläufer der USA gesehen wird – schließlich waren sie nur ein Staatenbund. Die Regierung der *Articles of Confederation*, der Kongress, erhielt daher auch lediglich die Befugnis, Verträge und Allianzen zu schließen, Streitkräfte zu unterhalten und Geld zu prägen. Mehr Eingriffe in die Souveränität wollten die Einzelstaaten zunächst nicht wagen.

Die *Articles of Confederation* waren gerade einmal zehn Jahre alt, als sie auf einem Treffen von Delegierten der Einzelstaaten reformiert wurden. Am Ende der schließlich vier Monate währenden Konferenz wurde jedoch eine völlig neue Regierungsform aus der Taufe gehoben und die Delegierten unterzeichneten am 17. September 1787 die finale Version der amerikanischen Verfassung. Sie schufen mit ihr das Regierungssystem der heute ältesten demokratischen Republik der Welt.

Verfassungen sind Rahmenordnungen von Staaten und ihre zentralen Rechtsdokumente. Meist sind diese als zusammenhängende Texte verfasst. Die Verfassung der USA ist vergleichsweise kurzgehalten, abstrakt und bisweilen gar vage formuliert. Zudem ist sie vergleichsweise schwer zu ergänzen und zu verändern (vgl. hierzu Kapitel 2). Möglicherweise hat sie jedoch gerade deshalb bereits so lange Bestand. Dass sie Jahrhunderte überdauern würde, war jedoch bei weitem nicht klar. Im Gegenteil, nach dem Verfassungskonvent 1787 soll Benjamin Franklin der Überlieferung zufolge auf die Frage, was das neue politische System denn nun sei, geantwortet haben: „It’s a Republic if you can keep it“. Franklin war sich

1. Vom Recht frei zu sein und sein Erbe in der Politischen Kultur

demnach bewusst, dass dieses als *Experiment* verstandene politische Modell auch von kurzer Dauer hätte sein können. Zudem stellte er klar, dass die USA genau genommen keine Demokratie sondern eine Republik sind. Das Wort ‚Demokratie‘ kommt in der Verfassung auch nicht vor. Die USA wurden spezifisch als eine föderale, – aber dennoch demokratische – Republik entworfen, deren Zuschnitt einerseits demagogische Führer verhindern, andererseits aber auch eigennützig Interessen einer Mehrheit blockieren können soll. Vor jener Form der Tyrannei wurde schließlich schon in Demokratietheorien der Antike gewarnt. Auch wussten die Gründerväter, dass die real existierenden Republiken von Rom und Athen untergegangen sind. Ein ausgeklügeltes Verfassungsdesign war also nötig, um das *Experiment* der Republik stabil zu halten.

Kernsatz

Die USA sind ein ‚am Reißbrett‘ entworfenen, republikanisches Regierungssystem. Es ist darauf zugeschnitten, Tyranneien der Mehrheit, der Minderheit oder Einzelner zu verhindern.

Benjamin Franklin

Benjamin Franklin (1706–1790) war Wissenschaftler, Verleger/Herausgeber, Politiker und Diplomat. Franklin handelte den Pariser Vertrag von 1783 zur Beendigung des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges aus und war sowohl an der Ausarbeitung der Unabhängigkeitserklärung als auch der US-Verfassung beteiligt. Franklin war auf dem Verfassungskonvent 1787 gewählter Repräsentant von Pennsylvania und mit seinen 81 Jahren der älteste Delegierte. Obwohl er nie Präsident der Vereinigten Staaten wurde, gilt er als einer der bedeutendsten Gründerväter. Oft wird Franklin mitunter gar als ‚Erster Amerikaner‘ bezeichnet. Er unterzeichnete als einziger der Gründerväter alle vier Schlüsseldokumente, aus denen die USA hervorgingen: die Unabhängigkeitserklärung (1776), den Bündnisvertrag mit Frankreich (1778), den Vertrag von Paris über den Frieden mit Großbritannien (1783) und die Verfassung (1787). Seit 1914 ist Franklins Konterfei auf der 100 Dollar Banknote zu finden.

Das Design der Republik hielt schweren Krisen wie dem Bürgerkrieg stand. Aber knapp 250 Jahre nach der Verabschiedung der Verfassung verlaufen politische Prozesse nicht mehr so, wie es die Gründerväter visioniert hatten. Zudem sorgt auch die Ausrichtung des Systems von 1787 heute für Probleme: Mittlerweile wird den Bürgern schließlich weitaus mehr politische Entscheidungsfähigkeit zugeschrieben als dies vor 250 Jahren noch der Fall war und einigen erscheinen Institutionen wie das Wahlsystem antiquiert (vgl. hierzu Kap. 8). Auch kann der Schutz der Minderheiten – oder auch der kleineren Staaten – zu einer Tyrannei der Minderheit mutieren. Dies gilt gerade im Kontext von Präsidentschaftswahlen, die trotz einer Minderzahl der Stimmen im landesweiten Ergebnis gewonnen wurden. Bislang war dies zwar nur vier Mal der Fall, unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten können derlei Ergebnisse dennoch kontrovers diskutiert werden (vgl. auch hierzu Kap. 8). Obwohl die Gründerväter mit einem ausgeklügelten System die Tyranneien von Mehrheiten, Minderheiten oder gar Einzelner verhindern wollten, zeigt sich, dass auch die USA nicht vor solchen Erscheinungen gefeit

4. Die Exekutive

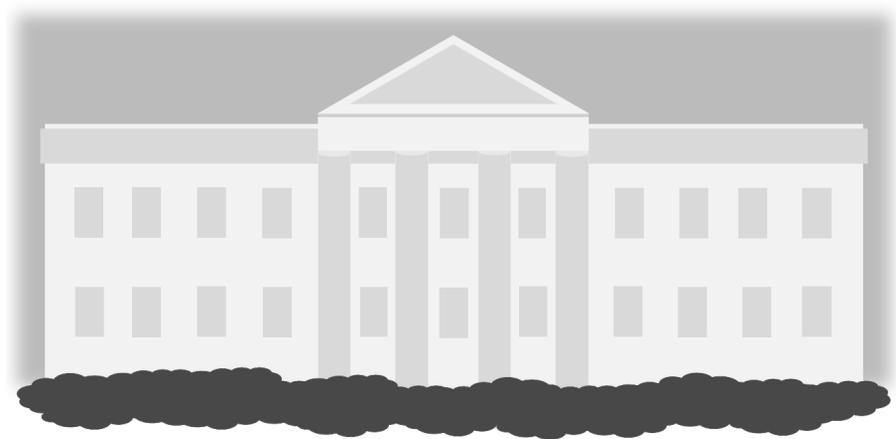


Abbildung 4.1: Das Weiße Haus

Charles O. Jones äußerte einst die provokante These, dass das politische System der USA im Grunde nicht als präsidentiell deklariert werden könne: „the president is not the presidency. The presidency is not the government. Our’s is not a presidential system“ (Jones 1994: 1). Jones wollte damit nicht die grundsätzlich bedeutende Rolle amerikanischer Präsidenten auf jene ihrer Pendants in parlamentarischen Systemen reduzieren. Er moniert mit der Aussage, dass in vielen Betrachtungen die Präsidenten allein in den Mittelpunkt gerückt werden. Darüber hinaus erscheint es in der Medienberichterstattung oft so, dass Präsidenten eine Allmacht genießen würden. Obwohl dies freilich nicht korrekt ist, liegt es faktisch auch an den Präsidenten selbst, wie sie ihre Macht konkret nutzen. Neben der formalen Macht, die im Wesentlichen auf der Verfassung, Gesetzen sowie Konventionen beruht, verfügen Präsidenten mit ihrer Regierung über institutionelle Macht sowie über informelle Machtmittel.

4.1 Die Präsidentschaft seit 1945

Am 12. April 1945 verstarb Franklin D. Roosevelt, der Präsident mit der längsten Amtszeit in der Geschichte der USA (1882–1945/1933–1945, Dem.). Nachfolger Roosevelts wurde der unter ihm amtierende Vizepräsident Harry S. Truman (1884–1972/1945–1953, Dem.).

Kernsatz

Vizepräsidenten werden nach dem Tod eines Präsidenten, dessen Rücktritt oder einer Amtsenthebung als dessen Nachfolger vereidigt.

4. Die Exekutive

Exkurs: Die Amtszeitbegrenzung

Die Amtszeit der Präsidenten wurde erst nach Roosevelts Tod durch einen Verfassungszusatz offiziell auf zwei Legislaturperioden begrenzt. Da George Washington nach zwei Amtszeiten die Präsidentschaft seinen Nachfolgern überließ, wurde es bis Franklin D. Roosevelt Usus, dass wiedergewählte Präsidenten nicht mehr für eine dritte Amtszeit kandidierten. Roosevelt erachtete seine Führung im Lichte des beginnenden Zweiten Weltkrieges als unentbehrlich und trat 1941 daher als einziger Präsident eine dritte Amtszeit an. 1944 wurde er für eine vierte Amtszeit wiedergewählt. 1947 wurde der 22. Verfassungszusatz verabschiedet, mit dem die Häufigkeit der Wahl einer Person zum Präsidenten offiziell eingeschränkt wurde. Am 27. Februar 1951 wurde der Verfassungszusatz ratifiziert. Eine Person kann seither nur einmal wiedergewählt werden. Dies muss jedoch nicht konsekutiv geschehen, ein abgewählter Präsident kann sich also bei einer späteren Wahl wieder aufstellen lassen. Der einzige Präsident, der bisher zwei nicht-konsekutive Amtszeit innehatte ist Stephen Grover Cleveland – der 22. und 24. Präsident der Vereinigten Staaten.

Obwohl Truman ursprünglich nicht einmal die Vizepräsidentschaft wollte, hinterließ der ehemalige Senator von Missouri einen nachhaltigen Eindruck: Als erster Nachkriegspräsident gestaltete er die außenpolitische Neuordnung mit Bravour, obwohl seine Entscheidung für die Atombomben-Abwürfe auf Hiroshima und Nagasaki einen Schatten auf seine Errungenschaften wirft. Allerdings leistete Truman einen immens wichtigen Beitrag für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Westeuropas sowie für die Etablierung und Stabilisierung ihrer Demokratien, nicht nur durch den *Marshall Plan*, sondern auch wegen seiner Initiative zur Sicherung des Westens im Rahmen des Kalten Krieges (*Truman-Doktrin*).

Exkurs: Die Truman-Doktrin

Die *Truman-Doktrin* war eine Erklärung und außenpolitische Leitlinie der Präsidentschaft Trumans. Sie ging aus einer Rede hervor, die er am 12. März 1947 vor einer gemeinsamen Kongresssitzung hielt. Sein Ziel war es, vom Kongress die Mittel für eine finanzielle Unterstützung Griechenlands und der Türkei zu erhalten. Kurz zuvor wurde Truman darüber informiert, dass das nach dem Zweiten Weltkrieg wirtschaftlich gebeutelte Großbritannien beide Länder nicht länger finanziell unterstützen konnte. Eine Übernahme der Regierung durch kommunistische Kräfte schien daher vor allem in Griechenland kurz bevorzuzustehen. Die *Truman-Doktrin* zielte mit ihren politischen, militärischen und wirtschaftlichen Zuwendungen darauf ab, die Ausbreitung des Kommunismus einzudämmen. Nach der Bekämpfung des Nazi-Regimes und der Befreiung Europas etablierten sich die USA damit als Verteidiger der freien Welt. Die Truman-Doktrin änderte die vorher isolationistische Leitlinie der USA. Die Rede vor dem Kongress ist auch in Bezug auf die Implikationen politischer Reden relevant. Senator Arthur Vandenberg (R-MI) empfahl Truman: ‚to scare the hell out of the American people‘, wenn er die nötige Unterstützung erhalten wollte. Truman erreichte genau das mit seiner Rede.

Exkurs: Der Marshall-Plan

Einer der Pläne für das Nachkriegsdeutschland wurde 1944 von dem amerikanischen Finanzminister Henry Morgenthau Jr. in einem Memorandum vorgeschlagen. Mit dem Morgenthau-Plan wäre Deutschland komplett de-industrialisiert und in einen Agrarstaat verwandelt worden. Spätestens 1947 wurde der Morgenthau-Plan verworfen und Truman fokussierte mit dem *Marshall Plan* die Wiederherstellung eines stabilen und produktiven Deutschlands. Der European Recovery Program (ERP), wie der *Marshall Plan* formal hieß, wurde am 5. Juni 1947 vom amerikanischen Außenminister George C. Marshall vorgestellt. Das Programm wurde 1948 verabschiedet und damit wurden mehr als 15 Milliarden US-Dollar bewilligt, um den Wiederaufbau Europas zu finanzieren. Der *Marshall Plan* trug zum ökonomischen Wiederaufstieg Deutschlands und dem ‚Wirtschaftswunder‘ bei.

Trumans Nachfolger, Dwight D. Eisenhower (1890–1969/1953–1961, Rep.), war ein hoch dekoriertes und erfolgreicher Oberbefehlshaber während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Sowohl die Demokraten als auch die Republikaner umwarben Eisenhower für eine Präsidentschaftskandidatur. Zunächst hatte er kein Interesse, für das Amt zu kandidieren; er zog die Positionen als Präsident der Columbia University (1948–1950) und anschließend Oberbefehlshaber der NATO in Europa vor. Als sich Eisenhower schließlich 1952 um die Präsidentschaft für die Republikaner bewarb, schien das ein großer Wandel zu sein: Er gestand ein, bis zu seiner Kandidatur noch nicht einmal gewählt zu haben. Eisenhower wurde zu dem Präsidenten, der in den 1950er Jahren den Amerikanern das Gefühl gab, dass der Frieden sicher und Wohlstand garantiert sei. Obwohl er während seiner Amtszeit sehr populär war, wurde er von Kritikern als relativ schwach eingeschätzt, was sich aus heutiger Sicht aber eher als falsch erweist. Eisenhower war zwar innenpolitisch vergleichsweise passiv und konservativ; außenpolitisch war er jedoch insoweit erfolgreich, als dass er die aufkommenden Spannungen im Umfeld der europäischen Krisen und um den Suezkonflikt mit großer Ruhe und Weitsicht bewältigte.

Eisenhowers Nachfolger, John F. Kennedy (1917–1963/1961–1963 Dem.), war ein Spross einer äußerst privilegierten Familie und seine Wahl war zunächst deshalb spektakulär, da er der bislang einzige Katholik im Amt war. Nach einem schwachen Beginn während der Kubakrise zeigte er, dass er als Präsident durchaus handlungsfähig war: Er bewahrte durch Verhandlungen mit dem Regierungschef der Sowjetunion Nikita Chruschtschow die Welt davor, dass aus dem Kalten Krieg, ein ‚heißer‘ wurde. Weiterhin brachte er die US-Wirtschaft durch seine Reformen aus der Rezession. Generell wurden während seiner Amtszeit zahlreiche wichtige Reformen in Angriff genommen, die vorwiegend aus seiner Vision für die Innenpolitik, der *New Frontier* stammen. Das Programm umfasste massive Ausgaben für soziale Reformen und Wohlfahrt sowie ehrgeizige neue Institutionen wie das *Peace Corps*. Kennedy setzte sich außerdem um Bürgerrechte für Afroamerikaner ein und war für den *Equal-Pay-Act* von 1963 verantwortlich. Die Schatten diverser Krisen und Skandale sind bis heute nicht wirklich belichtet. Dennoch bleiben sie letzten Endes nebensächlich, da Kennedy nachhaltig populär

4. Die Exekutive

war und ist. Sein tragisches Ende (1963) hat sicher dazu beigetragen, dass er im kollektiven Bewusstsein der Amerikaner immer derjenige bleibt, den man in ihm sehen wollte – als einer der glorifiziertesten Präsidenten des 20. Jahrhunderts.

Exkurs: Das Kennedy Attentat

John F. Kennedy wurde am 22. November 1963 in Dallas, Texas, erschossen. Er wurde zu jenem Zeitpunkt in einem Cabrio zusammen mit seiner Frau Jacqueline Bouvier Kennedy durch eine Parkanlage (Dealey Plaza) gefahren als die Schüsse fielen. Als Verdächtiger wurde Lee Harvey Oswald verhaftet. Oswald gilt als Kommunist und lehnte das System der USA ab. Untersuchungen ergaben, dass Oswald Kennedy aus dem sechsten Stock des Texas School Book Depository erschossen hatte. Oswald war jedoch ein schlechter Schütze und das Gewehr für eine solch große Distanz eigentlich ungeeignet. Es wurde daher weitläufig spekuliert, ob die tödlichen Schüsse nicht von anderen Leuten abgegeben wurden, bis hin ob die CIA nicht dieses Attentat als Komplott geschmiedet hatte. Der Fakt, dass Oswald schließlich am 24. November vom Nachtclubbesitzer Jack Ruby im Keller des Polizei Hauptquartiers erschossen wurde, stützte derlei Verschwörungstheorien um den Tod Kennedys. Ruby beteuerte im Affekt gehandelt zu haben. Er starb inhaftiert eines natürlichen Todes 1967.

Ermordete Präsidenten

Kennedy war bereits der vierte Präsident, der durch ein Attentat starb: Abraham Lincoln (1865), James A. Garfield (1881) und William McKinley (1901) wurden vor ihm ermordet. Ronald Reagan wurde 1981 Opfer eines Attentats, überlebte dieses jedoch. Theodore Roosevelt wurde 1912 während einer Rede im Rahmen seiner Wiederwahlkampagne angeschossen. Er hielt diese schließlich mit der Kugel in der Brust und verwies darauf, dass er gerade angeschossen wurde. Sein umfangreiches Rede-Manuskript in der Brusttasche hatte das Geschoss wohl abgebremst. Andere Präsidenten wie Franklin D. Roosevelt wurden Opfer eines Anschlagsversuchs (1933).

Kennedys Nachfolger, Lyndon B. Johnson (1908–1979/1963–1969, Dem.), hatte den Ruf, ein ‚Wheeler-Dealer‘ aus dem Kongress zu sein – also jemand der clevere, bisweilen aber krumme Geschäfte macht. Johnson war von 1949–1961 Senator für den Staat Texas und hatte die Ämter des Minderheits- bzw. Mehrheitsführer inne. Ebenso war er Vizepräsident unter Kennedy und wurde nach dessen Ermordung in der *Air Force One* eingeschworen.

Air Force One

Die *Air Force One* ist nicht wie oft vermutet ein bestimmtes Flugzeug. Als *Air Force One* wird vielmehr jenes Flugzeug bezeichnet, das den Präsidenten im Moment befördert. Die Bezeichnung *Air Force One* wurde als Bezeichnung eingeführt, damit die Luftsicherung die Maschine eindeutig zuordnen kann. Eine *Air Force One* könnte also genaugenommen jede Maschine der Air Force sein in der ein Präsident sitzt, beispielsweise ein Transport-Flugzeug oder wie einmal bei George W. Bush vorgekommen, eine Lockheed S-3 Viking. Bush landete damit auf einem Flugzeugträger. Ist das Transportmittel ein Hubschrauber der Marines, wird er dabei zur *Marine One*.

Für die Beförderung des Präsidenten stehen zwei identische Flugzeuge zur Verfügung: Speziell umgebaute Boeing 747. Dies sind die einzigen nicht-militärischen Maschinen der Welt, die im Flug betankt werden können. Die genaue Ausstattung der Defensiv-Ausrüstung der *Air Force One* wird nicht bekannt gegeben, sie verfügt jedoch über modernste militärische Technik, wie beispielsweise Infrarotquellen zur Bekämpfung von Raketenangriffen. Donald Trump bestellte zwei neue 747, die ab 2024 zukünftige Präsidenten der Vereinigten Staaten transportieren sollen. Die neuen Maschinen werden etwa 5,2 Milliarden Dollar kosten.

Johnson verstrickte die USA noch stärker in den Vietnamkrieg (1955–1975), vor allem da er ein eiserner Anhänger der Domino-Theorie (siehe folgender Exkurs) war. Im Jahr 1964 verlieh ihm der Kongress nahezu militärische Allmacht mit der Tonkin-Resolution: Sie räumte Johnson die Befugnis ein, militärisch in Südostasien einzugreifen, ohne um eine offizielle Kriegserklärung bitten zu müssen. Im Februar 1965 befahl Johnson eine Verstärkung der Luftangriffe, die *Operation Rolling Thunder*. Trotz dieser massiven Bombardements kämpften die kommunistischen Kräfte weiter. Johnson entsandte schließlich mehr Truppen für den Bodenkampf. Vor allem aufgrund dieser intensiveren Verstrickung in Vietnam büßte Johnson stark an Popularität ein. Protestrufe wie *Hey, hey, LBJ, how many boys did you kill today?* schallten Johnson bei öffentlichen Auftritten häufig entgegen. Schließlich zog er sich aus der Wahlkampagne von 1968 zurück. Die Unbeliebtheit trieb ihn zwar aus dem Amt, retrospektiv wird Johnsons Präsidentschaft jedoch als positiv eingeschätzt. Vor allem sein sozialpolitisches Programm der *Great-Society-Gesetzgebung* (folgende Infobox) und den erfolgreich umgesetzten Bürgerrechtsreformen sicherte ihm auch einen Platz in den New York Times Top 10 Präsidenten-Rankings. Johnson hatte die USA auf die Moderne hin eingestellt.

4. Die Exekutive

Exkurs: Domino Theorie

Dwight D. Eisenhower prägte den Begriff einer einflussreichen Theorie des Kalten Krieges: der *Domino-Theorie*. Sie besagt, dass eine kommunistische Regierung in einer Nation zu kommunistischen Übernahmen in Nachbarstaaten führen würde. Eisenhower äußerte dies in Bezug auf Französisch-Indochina (Vietnam, Kambodscha, Laos). Johnson hing bereits als Senator der *Domino-Theorie* an und er befürchtete, dass andere südostasiatische Nationen kommunistisch werden könnten, wenn Vietnam fallen würde. Die *Domino-Theorie* beherrschte das Denken der USA über Vietnam. Johnson wollte daher ein unabhängiges Südvietnam zu fast jedem Preis. Umgekehrt ging das Denken des Demokratie-Exports von einer ähnlichen Annahme aus. Auch die Demokratie würde sich im Umfeld eines Staates verbreiten, wenn sie in ihm institutionalisiert würde.

Great Society

Die *Great Society* war Johnsons innenpolitische Reform, mit der er gegen Armut, Ungleichheit, Kriminalität und Umweltverschmutzung vorgehen wollte. Neben Initiativen zur Armutsbekämpfung umfasste dies die faktische Einführung der Krankenversicherungen *Medicare* und *Medicaid*, eine umfassende Bildungsreform, Stadterneuerungsprojekte und Umweltinitiativen. Außerdem unterzeichnete er 1964 den *Civil Rights Act* (vgl. Kap. 12) – ein Meilenstein der Bürger- und Arbeitsrechte. Er lieferte die Grundlage gegen die Diskriminierung aufgrund von Abstammung, Hautfarbe, Religion oder Geschlecht. Damit wurde die bis dahin praktizierte Apartheid (*racial segregation*) in Schulen und öffentlichen Einrichtungen aufgehoben.

Richard Nixon (1969–1974, Rep.), der Nachfolger Johnsons, ist insoweit ein Sonderfall, da er als bislang einziger Präsident von seinem Amt zurücktrat. Nixon war de facto zum Rücktritt gezwungen, da es sich abzeichnete, dass er ansonsten seines Amtes enthoben werden würde. Nixon war bis zum Ende seiner Präsidentschaft davon überzeugt, dass er zusammen mit seinem Mitstreiter für Realpolitik, Henry Kissinger, vor allem eine großartige Außenpolitik gemacht habe. Dies ist insofern richtig, da Nixon und Kissinger den Vietnamkrieg – obgleich mit einer Schmach – beendeten; sie richteten die USA auch realpolitisch neu aus. Seine Politik strebte eine Entspannung mit der Sowjetunion an. Er entfernte sich daher von der traditionellen amerikanischen Politik der Eindämmung des Kommunismus. Nixons persönliche Obsessionen, z. B. die Presse und frühere Präsidenten – er ließ alle ihrer Bilder aus dem Weißen Haus entfernen – und das demütigende Ende seiner Präsidentschaft prägen allerdings das negative Bild dieses Präsidenten. Bis heute ist einer der größten politischen Nachkriegsskandale mit seinem Namen verbunden: ‚Watergate‘.

11. Der amerikanische Populismus – damals und heute¹²

11.1 Der Begriff des Populismus

Donald Trump gewann seinen Wahlkampf im Jahr 2016 u. a. mit dem Vorwurf, die Eliten hätten das Volk verraten: Arbeitsplätze seien aufgrund der Freihandelsverträge in andere Länder ‚verschifft‘ worden. Das politische Establishment ist in dieser Zuschreibung allein für den Verlust von Industriearbeitsplätzen verantwortlich. Die Erfassung der Problematik ist sicherlich nicht vollkommen falsch, in jedem Fall aber verkürzt und simplifiziert dargestellt. Die Frage nach dem Rückgang von Arbeitsplätzen müsste mit Argumenten der Rentabilität, der technologischen Entwicklung oder dem Wettbewerb beantwortet werden. Trump folgte einer Strategie, die auf Basis einer Rhetorik fußt, die zumeist als Populismus interpretiert wird – einer Politik für das ‚einfache Volk‘. Das Volk sind hierbei jene, die sich vernachlässigt fühlen und die von den Effekten der Globalisierung negativ beeinflusst wurden – dies betrifft vor allem weiße Arbeiter.

Populismus

Populismus wird häufig als politischer Stil verstanden, mit welchem Protestpotenzial gebündelt wird. Seine strukturellen Merkmale sind die Simplifizierung und Projektion. Populisten geben auf komplexe Problemstellungen einfache Antworten, die eine breite Unterstützung versprechen. Außerdem projizieren sie zumeist eine Schuldzuweisung für Missstände auf eine spezifische Personengruppe, welche die Interessen des Volkes verriet. In diesem Sinne verstehen sich Populisten als Sprachrohr ‚des Volkes‘. Insbesondere der amerikanische Populismus kann als ein klassisches Majorzdenken verstanden werden, bei dem stets der Wille einer (mitunter vermeintlichen) Mehrheit umgesetzt werden soll. Pluralismus wird infolgedessen meist vernachlässigt oder gar negiert.

Der Populismus in den USA ist nicht nur älter als vergleichbare Formen in Europa, sondern kulturell pfadabhängig. In seinem ursprünglichen Charakter ist er weder als positiv oder negativ noch als eindeutig links oder rechts zu verorten. Ihm ist nach wie vor die Bedeutung implizit, dass seine Vertreter für die Interessen der ‚einfachen‘ Bevölkerung eintreten. Der Populismus in den Vereinigten Staaten ist daher immer noch positiver konnotiert als in anderen Westlichen Demokratien. Dem amerikanischen Populismus wird bisweilen sogar ein kultureller Wert beigemessen, da im Verständnis von vielen Bürgern Populisten als Vertreter der ‚vergessenen Leute‘ die Aufgabe eines Korrektivs erfüllen. Zudem hat die populistische Bewegung des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts einige Erfolge für die Farmer und Arbeiter erreicht. Im Kern ist der amerikanische Populismus daher:

„a language whose speakers conceive of ordinary people as a noble assemblage not bounded narrowly by class; view their elite opponents as self-serving and undemocratic; and seek to mobilize the former against the latter.”
(Kazin 1995: 1)

¹² Ein ähnliches Kapitel ist im Handbuch Politik USA erschienen: Oswald, Michael (2020): Der Populismus in den USA. In: Lammert, Christian; Siewert Markus; Vormann, Boris (Hg.), Handbuch Politik USA. Wiesbaden, S. 55–72.

11. Der amerikanische Populismus – damals und heute

Die als eigennützig und undemokratisch verstandene Elite wird von jenen herausgefordert, die in ihrem Selbstverständnis ein Teil des Volkes, nicht aber des Systems sind (Taggart 1996: 32). Populismus wird bisweilen als ein Bestreben gesehen, etablierte Institutionen der Interessenvermittlung und Kontrolle durch die Elite herauszufordern. Damit soll eine ‚direkte‘ Stimme des Volkes etabliert werden (Kitschelt und McGann 1997: 160). Politische Führung wird dabei durch moralische Kategorien und den Glauben an einen ‚wahren Volkswillen‘ ersetzt. Dies liegt in der Vorstellung begründet, dass gute moralische Grundsätze nur bei der einfachen Bevölkerung vorherrschten; Eliten verfolgten dagegen dekadent ihre eigenen Interessen. Die Vertretung der Interessen eines Volkes kann daher im populistischen Selbstverständnis nur von ihm selbst ausgehen.

Da der amerikanische Populismus stark pfadabhängig ist, ist er nur über seine Geschichte zu verstehen. Dies gilt insbesondere für seinen Wandel, den er seit der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts erlebt hat.

11.2 Früher Populismus

Populistische Bestrebungen gibt es in den Vereinigten Staaten bereits seit dem 17. Jahrhundert. Schon damals traten Konflikte zwischen den politisch-wirtschaftlichen Eliten und den eher ländlich geprägten Menschen auf: Landwirte, Kleinunternehmer und Minenarbeiter fühlten sich um ihren politischen Einfluss betrogen. Insbesondere die Landwirte beklagten sich über das Preisdumping bei ihren Produkten in Kombination mit einer hohen Steuerlast. Die Folge waren verschiedene Aufstände. Bei der *Bacon's Rebellion* von 1676 in Virginia sorgten sowohl der niedrige Tabakpreis, hohe Steuern als auch eine gefühlte Schutzlosigkeit gegenüber den Einwohnern für Unmut. Auch die *Shays Rebellion* (vgl. Kapitel 2) oder die *Whiskey Rebellion* über ein Jahrhundert später in Pennsylvania sind in ihrer Form des Protests populistisch. Die Aufständischen richteten ihre Wut allerdings nicht grundlegend gegen den Staat – sie sahen sich vielmehr als Patrioten. Damit richtete sich ihre Wut gegen die Regierung, die in ihren Augen korrupte Interessen bediente und sich nähme, was ihr nicht zugestanden habe (Freidel 1973: 79f.).

Das regierungskritische Ethos im Populismus ist allerdings kein reines Aufbegehren gegen die Eliten: Die Wurzeln des amerikanischen Populismus sind bereits im *Jeffersonianism* und insbesondere in Andrew Jacksons *Democratic Party Coalition* zu finden. Die Bewegung um Thomas Jefferson bestand aus treuen Republikanern, die kritische Positionen gegenüber der ‚fernen Macht‘ der Bundesregierung, Händlern oder auch Bankiers vertraten. Die Jefferson'sche Bewegung romantisierte die Tugenden der *Yeoman-Farmer*, Bauern mit Kleingrundbesitz und einer familienbetriebenen Landwirtschaft ohne Sklaven. Den Jeffersonians zufolge bestellten die *Yeoman-Farmer* rechtschaffen ihre Felder und lebten moralisch, im Gegensatz zum ‚sündigen‘ Leben in der Stadt (Freidel 1973: 80).

In Jacksons Ära erweiterte sich die Vorstellung der Farmer als aufrechte, moralische Schicht um Arbeiter aus den aufstrebenden Industrien als auch um Sklavenbesitzer. Jene Gruppen agierten gemeinschaftlich in der *Democratic Party Coalition* und verstanden sich als Leistungsträger und ‚Produzenten‘ (siehe Exkurs

zu *Producerismus*). Damit grenzten sie sich vor allem von den aus ihrer Sicht unproduktiven Reichen, wie beispielsweise den Bankiers ab. Es liegt jedoch auf der Hand, dass einige Anhänger dieser Bewegung auch Ressentiments gegen die afroamerikanische Bevölkerung hegten. Für deren Rechte geschah in der Jackson-Ära generell wenig.

Im Umfeld der ersten populistischen Bewegungen formierte sich ein Narrativ, ohne das der amerikanische Populismus in seiner Form bis heute kaum in der Form existieren würde: der *Producerismus*.

Exkurs: *Producerismus*

Der *Producerismus* ist in erster Linie ein moralischer Diskurs, der von Populisten und politischen Parteien verwendet wurde, um Klassenhierarchien gegen das System der Umverteilung zu rechtfertigen. In diesem Narrativ wird die Gesellschaft in zwei Lager dichotomisiert: Die Produzenten und die ‚Parasiten‘, oder die *Makers* und *Takers* (vgl. Peck 2014: 529f.). Im Grunde handelt es sich beim *Producerismus* um einen breit angelegten Steuerframe, der als Agrarwirtschaftsnarrativ dem frühen 19. Jahrhundert entsprang, als Farmer den Staat bezichtigten, sich ihre Verdienste einzuverleiben (vgl. Guardino/Snyder 2012: 540). Seither sehen sich seine Vertreter als ‚Produzierende‘ in einer Art Schraubstock zwischen korrupten Eliten und faulen, sündigen ‚Parasiten‘. Sie mussten sich damit gleichzeitig gegen Attacken von ‚oben‘ als auch von ‚unten‘ wehren, da beide Schichten sich auf ihre Kosten bereicherten. Staatsbedienstete lebten nicht nur von ihren Steuern, sondern leiteten sie überdies an unwürdige Arme weiter (vgl. Guardino/Snyder 2012: 540; Berlet 2012: 568). Das Narrativ baut auf eine etablierte Konfliktlinienstruktur. In der amerikanischen Geschichte walteten stetig Konflikte zwischen den im Selbstverständnis ‚Produktiven‘ einerseits, sowie Eliten der Politik, Akademikern als auch Medienikonen andererseits. Die *Producers* verstanden sich zwar als Patrioten, standen jedoch der Regierung sowie einigen sozialen, kulturellen und ökonomischen Veränderungen kritisch gegenüber (vgl. Guardino/Snyder 2012: 540; Langman 2011: 491). Die Weltanschauung über den *Producerismus* transportiert latent subversive Ansichten, da der Staat äußerst kritisch gesehen wird.

Mit der Konfliktlinienstruktur des *Producerismus* etablierte sich der Begriff des ‚vergessenen Mannes‘, derjenigen, die unter hohen Steuern und geringen Einkommen litten. Der ursprünglich agrarisch-handwerklich geprägte *Producerismus* ging mit dieser Ausdehnung auf die ‚Vergessenen‘ auf jedwede Berufsschichten über, die sich vom Staat vernachlässigt und ausgebeutet fühlten. Der Begriff *The Forgotten Man* wurde vom Sozialwissenschaftler William Graham Sumner in einem Essay von 1893 verbreitet. Er sah eine produceristische Struktur im Staat, die entgegen der Interessen der Fleißigen angelegt ist:

„The Forgotten Man is delving away in patient industry, supporting his family, paying his taxes, casting his vote, supporting the church and the school, reading his newspaper, and cheering for the politician of his admiration, but he is the only one for whom there is no provision in the great scramble and the big divide.” (Sumner 1919: 491)

Das *Populist Movement* ist noch heute ein Symbol für den Kampf jener ‚einfachen Menschen‘ gegen ihre perzipierte Ausbeutung durch eine übermächtige Regierung. Zeitgleich mit Sumners Publikation bekamen die ‚vergessenen Menschen‘ eine politische Stimme – die *People’s Party*.

11. Der amerikanische Populismus – damals und heute

11.3 People's Party

Der amerikanische Populismus wurde stark von der *People's Party* geprägt. Jene Partei wurde gegen Ende des 19. Jahrhunderts als ein Zusammenschluss von Arbeitern und Farmern gegründet, die in der populistischen Bewegung aktiv waren (Judis 2016: 19). Der Agrarprotest war nur ein Teil des Konfliktspektrums zwischen jenem Segment der Gesellschaft und der Regierung. Dieser Konflikt war jedoch so gravierend, dass er die Pfadabhängigkeit der gesamten populistischen Bewegung einläutete.

Ein starker Preiseinbruch im Agrarsektor in den 1870er und 1890er Jahren führte zu einer schweren Krise, durch welche die Einkünfte eklatant zurückgingen. In Folge dieser Missstände formierten sich verschiedene politische Aufstände, in deren Zentrum Forderungen der Farmer für ein staatliches Eingreifen gegen den dramatischen Preisverfall standen (Argersinger 1984: 43). Politisch versuchte die Agrarbewegung zuerst über die Regierungen der Einzelstaaten zu intervenieren, um sich dann mit der *People's Party* auf nationaler Ebene zu organisieren (Freidel 1973: 85).

Exkurs: Die Agrarwirtschaftskrise im späten 19. Jahrhundert

Die sinkenden Preise für Landwirtschaftsprodukte in den 1870er und 1890er Jahren hatten starke Auswirkungen auf den gesamten Agrarsektor. So sank der Weizenpreis von über 2 \$ je Scheffel im Jahr 1866 auf 49 Cent bis 1894. 1896 war der Maispreis nur noch ein Drittel so hoch wie 30 Jahre zuvor. Auch die Baumwollernte von 1898 wurde für 50 Millionen \$ weniger verkauft als jene von 1866; obgleich sie etwa sechsmal so groß war (Freidel 1973: 85). Die Hauptursache für den Preisrückgang der Waren lag vor allem in der Überproduktion auf den Weltmärkten. Die industrielle Revolution sorgte zwar für eine enorme Ausdehnung der Erzeugnisse und für einen günstigen Transport auf die europäischen Märkte; sie verschärfte jedoch auch den Wettbewerb durch die Internationalisierung. Die Landwirte waren zudem davon überzeugt, dass sich die Eisenbahngesellschaft, die Zwischenhändler sowie die reichen Finanziere im Osten des Landes mit den Politikern in Washington verschworen hatten, um sie um ihre Gewinne zu bringen.

Die *United States People's Party* wurde im Jahr 1892 gegründet. Sie bestand größtenteils aus Landwirten und ihren Schirmherrschaftsorganisationen, wie der Farmers' Alliance und den Überbleibseln der Greenback Party. Aber auch andere Menschen, die sich an den Rand gedrängt fühlten, gesellten sich dazu. Die Präambel der *People's Party* liest sich wie ein Grundsatzwerk, das aus der Feder eines heutigen Populisten stammen könnte:

„The conditions which surround us best justify our co-operation; we meet in the midst of a nation brought to the verge of moral, political and material ruin. [...] The people are demoralized [...]. The newspapers are largely subsidized or muzzled; public opinion silenced; business prostrate, our homes covered with mortgages, labor impoverished and the land concentrating in the hands of capitalists.” (Freeman Clark 2005: 257)

Die *People's Party* muss mehr als eine logische Konsequenz denn als Beginn des politischen Aktivismus interpretiert werden. Die Populisten mobilisierten schon vor der Parteigründung erfolgreich und schließlich zogen die ersten elf Abgeordneten 1890 in den 52. Kongress ein. Die *People's Party* hievte die populäre Kritik am Monopolkapitalismus noch stärker in die Politik, was ihr in vielen südlichen und westlichen Staaten eine Massenanhängerschaft bescherte (Green 1980: 8). Sie übersetzten Aufstände wie den Haymarket-Aufbruch in Chicago 1886 oder den Streik in den Homestead-Werken von Pennsylvania 1892 in die Politik. Die Gegner der industriellen Hegemonie formierten schließlich eine gesellschaftliche Massenbewegung, da an der Seite der Landwirte städtische Reformer der Mittelklasse, Arbeiter, Kumpel und Kleinunternehmer standen. Mit diesem Zusammenschluss entstand eine starke Front gegen die Industriellen und das Establishment. Die Populisten errangen sich auf diesem Wege eine hohe Legitimität und ein starkes politisches Mandat (Freidel 1973: 84).

Die *People's Party* setzte sich vehement für eine Reihe sozialer Veränderungen ein. Sie forderte ein Gesetz für Arbeitslose (Clanton 1984: 148), sie waren auch Vorkämpfer für das Frauenwahlrecht und die Direktwahl von Senatoren. Insgesamt traten aufgrund ihres Engagements auf kommunaler, staatlicher und nationaler Ebene viele Regulierungen in Kraft, wie zum Beispiel Schutzauflagen für Arbeitsplätze oder Neuerungen in der Gesundheits- und Wohnungsbaupolitik. Vielfach schufen diese Initiativen die Grundlagen für die weitreichenden Sozialreformen des 20. Jahrhunderts. Auf Bundesebene setzten sie eine Reform des öffentlichen Dienstes genauso durch wie eine Regulierung der Monopole und der Eisenbahnen durch eine Bundeskommission (Freidel 1973: 84). Trotz dieser federführenden Impulse wurde die Partei mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts allmählich bedeutungslos, vor allem weil ihre Forderungen schließlich von den beiden großen Parteien adaptiert wurden (Clanton 1984: 142). Richard Hofstadter beschrieb die *People's Party* ihrem Schicksal entsprechend treffend mit der Analogie einer Biene: Nachdem sie das politische Establishment gestochen hatte, verstarb sie (Hofstadter 1955).

In der Forschung wurden die Populisten lange Zeit als Vertreter reformorientierter Kleinbauern charakterisiert, welche das Grunddenken der liberalen Demokratien des 20. Jahrhunderts vorwegnahmen (Argersinger 1984: 43). Aus dieser Sicht heraus wird das *Populist Movement* als eine noble Bewegung verstanden, die für einen großen Teil der Bevölkerung einen angemessenen Anteil im Industriekapitalismus geltend machen wollte (Freidel 1973: 83). Vor allem John D. Hicks's *Populist Revolt* (1931) trug einen großen Teil dazu bei, dass die Populisten als Kämpfer gegen eine ungezügelte Macht der Wirtschaft und der politischen Eliten wahrgenommen wurden. Mitunter sah man sie gar als Wegbereiter für die *New-Deal*-Reformen, was sicherlich nicht falsch ist. So kann auf Basis dieser Beobachtungen die *People's Party* tendenziell eher der linken Variante des Populismus zugeordnet werden. In der Tat ist die Geschichte des Populismus und des Sozialismus in Amerika teils eng miteinander verwoben (Green 1988: 8).

Während eine (Teil-)Fusion der Populisten mit der Demokratischen Partei 1896 einen großen Teil der Bewegung demoralisierte, schloss sich eine andere Gruppe

Sachregister

- 11. September 100, 101, 112, 132, 135,
139–141, 259, 304, 305
- ABC 273
- ABM-Vertrag 89
- Abolitionisten 41
- Action Groups 65
- Affirmative Action 164, 301, 302
- Affordable Care Act 103, 184
- Afghanistan 29, 100, 102, 141
- AFL-CIO 255, 256
- African Command 138, 139
 - AFRICOM 138
- Age of Reform 288
- Age-Gap 241
- Agrarwirtschaftskrise 286
- Agricultural Committee 69
- Air Force 94, 95, 138, 140
- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 19
- American Association of Retired Persons 255
- American Civil Liberties Union 304
 - ACLU 304
- American Creed 29, 297
- American Dream 30, 292
- American Enterprise Institute 264, 266
 - AEI 264, 266, 269
- American Exceptionalism 17, 297
- American Federation of Labor-Congress of Industrial Organizations 256
 - AFL-CIO 255, 256
- American Hellenic Institute Public Affairs Committee 259
- American Horizons 267
- American Independent Party 203, 288
- American Israel Public Affairs Committee 255, 260
 - AIPAC 260
- American Legislative Exchange Council 267
 - ALEC 267
- American Medical Association 255
- American Political Science Association 203
- American Way of Life 30
- Amerikanisierung 17, 18
- Amtsinnhabende 56
 - Incumbency 56
- Amtsinnhaber 58, 226
 - Incumbent 226
- Amtszeitbegrenzung 92
- Anti-Federalists 44, 45, 159, 193, 194,
196, 197
- Apartheid (racial segregation) 96
- Appropriations 68, 69, 79–83
- Armed Services Committee 69
- Armenian Assembly of America 259
- Articles of Confederation 19, 36, 40–43,
149, 175, 196
- Asian Americans 239
- Association of Trial Lawyers of America 255
- Außenpolitik 41, 82, 83, 85–89, 96, 99,
101, 109, 112, 123, 124, 128, 129,
131, 132, 134–139, 141, 142, 144,
259–261
- Authorizations 79
- Bacons Rebellion 284
- Bad News 277, 278
- Big Government 202
- Bildung 113, 225, 238–240, 266, 289
- Bill of Rights 45, 47, 74, 179, 297, 298
- Bipartisan Campaign Reform Act 245,
247
- Bipartisan Policy Making 211
- Blanket Primaries 231
- Blue Shift 242
- Boston Tea Party 37
- Bottom-Up 213
- Briefwahl 225
 - Absentee Voting 225
- Brookings Institution 262–264, 266
- Brown v. Board of Education 165, 166,
299, 300
- Budget Resolution 78, 79, 81
- Bundesgerichtsbarkeit 41, 148, 150, 151
- Bürgerkrieg 20, 29, 32, 38, 160, 175, 180,
181, 198, 199, 202, 298, 299
- Cabinet 109, 110, 134
- Calvinismus 26

Sachregister

- Campaign Committee 212, 233
Capitol Hill 72
Casey v. Planned Parenthood 162
Caucus 58, 63, 64, 102, 198, 208, 209, 211
– Caucuses 210, 226, 230–232
CBS 273
Center for a New Democracy 267
Center for American 268
Center for National Policy 267
Central Command (CENTCOM) 138, 139
Chamber of Commerce 160, 255
Chancengleichheit 25, 246
Checks and Balances 17, 25, 49, 50, 53, 59, 86, 87, 120, 132, 147, 161, 177, 209, 236, 271, 297
Chief Justice of the United States 153
Chief of Staff 110, 121, 122, 201, 267
Christliche Rechte 303, 304
Citizens United 102, 245–247, 249, 250
City on a Hill 30
Civil Liberties 297, 298, 304, 305, 307
Civil Rights (Bürgerrechte) 74, 96, 126, 181, 203, 297–301
Civil-Law 147
Cleavage 238, 304
Closed Primaries 231
CNN 240, 272, 279
Coalition Building 256
Coast Guard 138, 140
College for All 293
Commander in Chief 128, 131
Committee of the Whole 73
Committees 63, 66–71, 76, 78, 79, 81–84, 90, 141, 211, 213–215, 218, 233, 248, 258
Common Law 147, 158, 161, 164, 168
Competitive Districts 65
Concurrent Powers 52, 176
Concurrent Resolution 71, 78
Conference 63, 67, 70, 76, 90, 209, 211
Congressional Black Caucus 64
Congressional Review 84, 85
Connecticut Compromise 36
Conservative Coalition 211
Constitutional Convention 36, 196
Conventions 198, 214, 217, 218, 234, 248
Corporation for Public Broadcasting 273
Council of Foreign Relations 260, 261
Counties 100, 213, 220, 240, 242
– County 152, 214, 226, 227, 240, 242
Courts of Appeals 151, 164
Covert Activities 87
COVID-19 105, 116, 119, 123, 175
Cross-Media-Ownership 272
Cyber Command (USCYBERCOM) 138
Dark Money 249
Dealignment 238
Declaration of Rights 35, 38, 39
Delegierte 20, 36, 37, 40, 42, 58, 133, 232, 234
Democratic Caucus 58, 63, 208, 211
Democratic Conference 63
Democratic Congressional Campaign Committee (DCCC) 212, 213
Democratic Leadership Council (DLC) 268
Democratic National Committee 203, 214
Democratic Party Coalition 284
Democratic Policy Committee 64
Democratic-Republicans 196–198
Department of Defense (DoD) 137
Department of Energy's Office of Intelligence and Counter-Intelligence 140
Department of Homeland Security (DHS) 135, 137, 140
Department of State's Bureau of Intelligence and Research 140
Department of the Treasury's Office of Intelligence and Analysis 140
Destiny 30
Devolution 183
Dillon's Rule 186
Discretionary Spending 79–81
District Courts 151, 164
District of Columbia 58, 152, 168, 225, 236, 251
Diversity 28, 148, 151
Divided government 207
Dixiecrats 202

- Domino-Theorie 95, 96
 Dred Scott v. Sandford 160, 180
 Drei-Fünftel-Kompromiss 44
 – Three-fifths of a Person Compromise 44
 Dreieckshandel 40, 41
 Drug Enforcement Agency's Office of National Security Intelligence 140
 Durchschnittseinkommen 240
 e pluribus unum 28, 178
 Earmarks 80–82
 Economic Policy Institute 268
 Edward Shils 288
 Eigentum 24, 43
 Elastic Clause 48
 Electoral College 36, 61, 104, 233, 235–237, 251
 Enumerated Powers 48, 148, 149, 176, 178, 179, 184
 Equality 25, 203
 – Equal-Pay-Act 93
 Equity 25
 Establishment Clause 303
 EUCOM 138
 European Command (EUCOM) 138, 139
 Evangelicals 261
 Evil Empire 98
 Executive Agreements 89, 109, 132, 133
 Executive Office of the President (EOP) 72, 110, 111, 121, 129, 131, 134, 135, 140, 141, 171, 183
 Exekutivabkommen 87–89, 109, 132, 133, 144
 Experiment 20, 30, 32, 236, 303
 Expressed Powers 48
 Factions 193, 196
 Fairness Doctrine 271, 281
 Faithless Electors 236
 Fast-Track Authority 133
 FCC 271
 Federal Bureau of Investigation (FBI) 140
 Federal Election Campaign Act (FECA) 231, 245, 246
 Federalist 39 175, 180
 Federalist 45 176, 177
 Federalist 51 50
 Federalist 78 157
 Federalist Papers 37, 45, 159, 193, 253, 254
 Federalists 37, 44, 45, 159, 193, 194, 196–198
 Filibuster 74, 77, 85, 300
 Finanzkrise 290–292
 Firearms Control Regulations Act 168
 First Gentlemen 115
 First Lady 109, 110, 115, 116, 231
 – FLOTUS 109
 Föderalismus 150, 175, 177, 180, 184, 185, 187, 188, 190
 for-profit 255, 270
 Foreign Affairs 68, 86, 141, 260
 Foreign Relations Committee 85, 86
 Founding Fathers 36, 147
 FOX News 101, 272, 274, 278
 Framers 36, 55, 108, 131, 147, 164
 Frauenwahlrecht 224, 287
 Free Exercise Clause 303
 Freiheit 19, 21, 23–25, 27, 28, 30, 43, 47, 49, 158, 189, 223, 255, 271, 297, 298, 304
 – Freiheitsrechte 23, 169, 297, 302, 305
 Frontier 31, 93, 300, 306, 307
 Fund for an American Renaissance 267
 Fundraising 215, 218
 Gatekeeper 67, 204, 217
 Geiselkrise 98
 Gendergap 241
 General Welfare Clause 179, 188
 Geographical Sorting 237
 Gerrymandering 227
 Gettysburg Address 302
 Gewaltenteilung 17, 18, 25, 43, 49, 50, 52, 147, 163, 173, 175, 177, 179, 180, 182, 193, 196
 Gewaltenverschränkung 50, 52
 Gleichheit 23–25, 29–31, 44, 165, 299, 301
 Globalisierung 17, 283, 293
 Glück 19, 24, 32, 39, 122, 124
 Good Governance 263
 Good News 277, 278
 GOP (Grand Old Party) 199

Sachregister

- Grants 188–190
Grassroots 204, 213, 215, 233, 261
Great Compromise 36, 44, 56, 179
Great Depression 288
Great Recession 101
Great Society 96, 264, 300
Gridlock 50, 53, 56, 102, 203, 204, 209, 238, 256
Großbritannien 19–21, 35, 37–39, 42, 92, 132, 193, 196, 224, 273
Grundrechte 23, 47, 152, 179
Guantánamo 102
Habeas Corpus 156, 304
Hard Money 245–247
Haushaltsinitiativrecht 62
Haymarket-Aufbruch 287
Hearings 72
Henry-Clay-Fraktion 197
Heritage Foundation 169, 266–269
Hispanics 239, 240, 259, 260
Home Rule 186
Hopper 71, 72
Hughes-Ryan 87, 141
Human Rights Caucus 64
Impeachable Offense 60
Impeachment 59–61, 99, 105, 117, 171
Implied Powers 48, 83, 178
Incorporation doctrine 179
Incumbent 226
Independents 113, 208, 209, 219, 238, 242
Individualisierung 17
Individualismus 23, 25, 27, 28, 304, 306, 307
individuelle Freiheitsrechte 297
Indo-Pacific Command (USPACOM) 138, 139
INF-Vertrag 143
Infotainment 276
Intermediate-Range Nuclear Forces 143
Intolerable Acts 37
Invasion der Schweinebucht 124
Irak 29, 99–101, 141
Iran-Contra 84, 130, 141
Iran-Kontra-Affäre 98, 99
Issue Advocacy 246, 250
Issue Coalitions 188, 211
Issue Development 217
Issue Networks 70, 72, 78
Jack Kemp 267
Jacksonian Democracy 197, 198, 306
Jahreseinkommen 240, 292
Jay Treaty 132, 133
Jeffersonianism 284
Jim Crow Laws 165, 299, 307
John Birch Society 288
Joint Chiefs of Staff (JCS) 129, 138, 139
Joint Comprehensive Plan of Action (JC-POA) 136
Joint Resolution 71, 84, 85
Juden 202, 303
Judicial Activism 163, 166–168
Judicial review 49
Judicial Self-Restraint 156, 157
Judiciary Act 148, 149, 155, 158, 159
Junkyard-Dog-Journalismus 278, 281
Kaiserliche Präsidentschaft 87
– Imperial Presidency 87, 132
Kapitalismus 26, 182
Katholiken 199, 202, 203, 240, 303
Kolonien 19, 30, 35–41, 50, 59, 302, 303
Kontinentalkongress 19, 28, 35–40
Krieg aller gegen alle 27
Kriegserklärung 59, 87, 88, 95
Lapdog-Journalismus 278
Law 56, 71, 88, 133, 147, 149, 153, 154, 158, 161, 164, 168, 178, 258
Legal Doctrines 164
Legislative Bargaining 211
Lexington 38
Liberalismus 17, 26
Limited Government 25, 47, 49, 55, 102, 186
Louisiana Purchase 28
Machiavellian Moment 27, 28
Machines 200–202, 217, 235
Machtdispersion 177
Majority Leader 63, 64, 73, 201
Majority Rule 28, 167, 225
Majority-Minority-Wahlkreise 229
Make America Great Again (MAGA) 104, 206, 294, 295

- Makers 285, 291
Mandatory Spending 79
Manifest Destiny 30
Marbury v. Madison 49, 158–160
Marine Corps 138, 140
Marshall Plan 92, 93
McCain-Feingold Act 245
McCulloch v. Maryland 48, 49
Medicaid 79, 96, 162, 190
– Medicare for all 295
Merrick Garland 62, 172
Military-Industrial Complex 261
Minority Leader 63
Minority Rights 28
Monarchie 21, 26, 43–45, 49
Moral Issues 303, 304
MSNBC 272–274
Muslime 303
National Association for the Advance-
ment of Colored People (NAACP) 299,
300
National Association of Manufactu-
rers 256
National Association of Realtors 255
National Beer Wholesalers Associati-
on 255
National convention 234
National Federation of Independent Busi-
ness 255
National Public Radio (NPR) 273
National Republican Congressional Com-
mittee (NRCC) 212, 213
National Republicans 197
National Rifle Association 130, 255
National Security Adviser 130
National Security Agency (NSA) 140
National Security Council (NSC) 110,
121, 129–131, 135, 136
NATO 93, 99, 144
Naturrechte 47
Navy 138, 140
NBC 273
Necessary and Proper 48, 59, 179, 190
Nelson-Bingham 87
Neue Nation 17, 30
New Deal 166, 169, 175, 182, 183, 201–
203, 219, 221, 263, 293, 300, 304, 306
New Federalism 183
New Frontier 93, 300
New Jersey Plan 44
no taxation without representation 37
North American Free Trade Agreement
(NAFTA) 134, 142
Northern Command (NORTH-
COM) 138, 139
Nuclear Option 74
Obamacare 103, 179, 185
Observer Groups 89
Occupy Wallstreet 290
Olive Branch Petition 35
Open Primaries 231
Open-Skies-Abkommen 143
Operation Rolling Thunder 95
Originalism 167, 168
Oval Office 77, 99, 110, 279
Oversight 68, 83, 84, 141
Parteienidentifikation 221, 238, 243
Party Platform 217
Party Voting 209
Party-as-Organization (Partei als Organi-
sation) 212, 213, 216, 219
Party-in-Congress 209–212, 219
Party-in-Government (Partei in öffentli-
chen Ämtern) 209
Party-in-the-Electorate (Partei in der Wäh-
lerschaft) 209, 218, 219, 238
PATRIOT Act 100
Patronage 126, 200, 234
People's Party 285, 286
Perpetual Union 19
Platform 217, 234
Plessy v. Ferguson 165
Pocket Veto 77
Polarisierung 22, 23, 58, 64, 65, 166,
180, 206, 209, 219, 230, 237, 239,
244, 265, 275, 303, 307
Policy Committees 211
Policy Planning Groups 262
Polish-American Congress 259
Political Action Committee (PAC) 247

Sachregister

- Political Question Doctrine 155–157, 163, 173
- Politische Kultur 22, 31, 164, 289, 306
- Popular Vote 100
- Populismus 102, 153, 283–295, 306
- Populist Movement 285, 287, 288
- Populist Revolt 287
- Pork Barrel Politics 81, 83
- Power of the Purse 62, 78, 82
- Präsidentenschaftswahl 61, 62, 100, 158, 172, 173, 179, 197, 205, 219, 223, 230, 231, 236, 237, 242
- Presidential Leadership 109, 110
- Primaries 230–232, 234
- Producerismus 285, 291, 292, 294
- Progress 183, 268
- Progressive Era 262, 263
- Progressive Movement 200, 235, 299
- Progressive Policy Institute (PPI) 268, 269
- Protestanten 26, 203, 240, 261, 303
- Public Broadcast Service (PBS) 273
- Public Interest Groups 257
- Public Radio International (PRI) 273
- Public Radio International(PRI) 273
- Publius 37, 45
- Puritaner 26, 30
- Rally around the Flag-Effekt 132
- RAND Corporation 262, 264
- Realignment 83, 101, 202, 203, 237, 239, 242
- Reconstruction Amendments 181
- Redistricting 206, 230, 237
- Regierungsauftrag 23, 27
- Religion 96, 167, 239, 240, 253, 302
- Repräsentantenhaus 36, 44, 55, 56, 58–64, 66–73, 76–78, 81, 82, 84, 86, 88, 89, 99, 102, 104, 197, 201, 207, 210, 212, 214, 219, 223, 224, 226, 229, 236–238
- Republican Conference 63, 211
- Republican Policy Committee 64
- Reserved Powers 52
- Resident Commissioner 58
- Resolution 37, 39, 71, 78, 79, 81, 84–88, 90, 95, 201
- Revolutionszeit 21, 23
- Roe v. Wade 161, 162
- Roll Call 77, 196
- Rules Committee 67, 70, 73, 201, 210
- Running Mate 234
- Russell Sage Foundation 263
- Carnegie Endowment for International Peace 263
- Rust Belt 220
- Schicksal 26, 30, 100, 223, 287
- Schutzrechte 23
- Selbstbestimmung 19, 223
- Select Committee 68, 84, 141
- Separate-but-equal-Doktrin 165
- Shays Rebellion 42, 284
- Shutdown 62, 82
- Silent Majority 203, 289, 290, 294
- Simple Resolution 71
- Single Issue Groups 256
- Situation Room 129
- Sklaverei 29, 41, 160, 180, 181, 199
- Sklavenhandel 29, 41
- Social Capital 307
- Social Security 128, 183, 293
- Socialist Party of America 288
- Soft Money 218, 245–248
- Solicitor General 156
- Solid South 202
- Sorting 57, 219, 237
- Southern Command (SOUTHCOM) 138, 139
- Southern Strategy 203, 288–290
- Sozialismus 287
- Sozialkapital 307
- Space Command 139
- Space Force 138
- Special Committee 67
- Special Operations Command (SO-COM) 139
- Sponsor 71
- Staffers 69, 122
- State Committee 214
- State Convention 214
- State Department 134, 135
- State Supreme Courts 152
- Steering Committees 63

- Strategic Command (STRATCOM) 139
- Suffrage Act 224
- Suffragisten 224, 299
- Superior Courts 152
- SuperPAC 249
- Supremacy Clause 149
- Supreme Court 48, 49, 75, 100, 102, 132, 133, 148, 150, 153–161, 163–166, 169–173, 177, 179, 183–188, 193, 229, 231, 246, 247, 249, 250, 298–300, 302
- Swing Seats 56, 57
- Takers 285
- Tammany Hall 200
- Taxing and Spending Clause 179
- Tea Party 37, 102, 104, 183, 206, 207, 290, 291, 294, 295
- Telecommunications Act 272
- The Forgotten Man 285
- Think Tanks 70, 211, 215, 217, 246, 253, 256–258, 261–270, 274, 276
- Ticket 219, 235
- Tillman Act 245
- Tonkin Gulf Resolution 86, 87
- Trans-Pacific Partnership (TPP) 142
- Transportation Command (TRANSCOM) 139
- Treaty Clause 85
- Trickle-Down 65, 291, 293, 294
- Twentieth Century Fund 263
- U.S. Army 138
- U.S. Chamber of Commerce (USCC) 255
- Unabhängigkeitserklärung 19, 20, 22, 24, 28, 29, 36, 39, 40, 43, 47, 74
- Unabhängigkeitskrieg 21, 38, 39, 42, 53, 132, 175
- Unfunded Mandates 190
- Unified Government 85, 207
- United States People's Party 286, 295
- United States-Mexico-Canada Agreement (USMCA) 134, 142
- Verfassung(en) 19–23, 25–27, 35–37, 42–50, 52, 55, 56, 59–61, 73, 77, 78, 82, 83, 85–88, 91, 92, 100, 108, 109, 112, 120, 128, 131–133, 144, 147–153, 155–173, 175, 176, 178–182, 184, 186, 187, 189, 190, 193, 194, 196, 213, 223–226, 228, 230, 236, 237, 297–299, 302, 303
- Verfassungsväter 22, 25, 27, 43, 49, 50, 55, 82, 85, 88, 131, 144, 148, 163, 167, 180, 193, 302
 - Verfassungszusatz 44, 45, 47, 92, 149, 151, 160, 161, 168, 176, 178–182, 190, 224, 225, 230, 236, 298, 299, 303
 - Verfassungszusätze 45, 47, 165, 181, 223, 299
- Vietnam 86, 87, 95, 96, 124, 133, 244, 264
- Virginia Plan 44
- Volkssouveränität 23, 25, 26, 43, 44, 47, 49, 55, 157
- Volkswillen 161, 284
- Volkszählung 56, 229
- Census 56, 185, 189, 226
- Wahlkreis 57, 58, 81, 83, 209, 210, 212, 216, 224, 226, 228, 229
- Reapportionment 226, 229
 - Wahlkreisbestimmung 226, 229
- Wahlleutesystem 20, 197
- Wahlrecht 181, 224, 230
- Wahlzettel 100, 153, 217, 223, 226, 230
- Ballot 226
- Watchdog-Journalismus 278
- Watergate 96, 97, 117, 245, 290
- Whips 63, 64, 210
- Whiskey Rebellion 284
- White House Chief of Staff 110, 121, 201, 267
- Winner take* all 194, 235
- Wirtschaftskrise 42, 103, 244, 290–292
- Write-In-Kandidaten 223
- Yeoman-Farmer 284
- Zweikammersystem 36, 56

Personenregister

- Adams, John 35, 36, 106, 114, 158
Adams, Samuel 35, 223
Aristoteles 44, 50
Babitt, Bruce 267
Biden, Joe 58, 61, 105, 108, 112, 114, 115, 117, 142, 143, 173, 205, 206, 208, 215, 220, 231, 233, 234, 238–242, 244, 248, 249, 273, 279, 302
Boehner, John 102
Bush, George H. W. 114
Bush, George W. 52, 64, 95, 100, 101, 104, 108, 112, 115, 116, 118, 122, 130, 172, 205, 239, 259, 260, 302
Carter, Jimmy 51, 84, 97, 98, 108, 110, 114, 118, 121, 122, 204, 205, 208, 278
Clinton, Bill 51, 60, 99, 104, 108, 112, 115, 117, 118, 121, 122, 125, 130, 136, 172, 197, 204, 206, 208, 232, 245, 259, 268, 278, 280
Coney Barrett, Amy 62, 171–173
De Tocqueville, Alexis 31
Eisenhower, Dwight D. 93, 96, 104, 107, 114, 118, 121, 125, 171, 207, 300
Ford, Gerald 51, 97, 108, 114, 118, 121, 208, 257, 258
Fraenkel, Ernst 21, 22, 147
Hart, Gary 267
Hicks, John D. 287
Hobbes, Thomas 27
Hofstadter, Richard 287, 288
Jefferson, Thomas 28, 29, 36, 39, 47, 48, 106, 108, 115, 132, 158, 159, 183, 193, 196, 223, 271, 284, 302
Johnson, Andrew 60, 94–96, 106, 107, 110, 114, 116, 118, 121, 181, 203, 207, 300, 301
Kagan, Elena 171
Kavanaugh, Brett 171
Kennedy, John F. (JFK) 93, 94, 116–118, 130
König Charles 26
Limbaugh, Rush 101, 274, 294
Lincoln, Abraham 94, 105, 106, 109, 117, 181, 302, 304
Lipset, Seymour Martin 17, 238, 288
Locke, John 24, 25, 27, 39, 47, 49, 55
Machiavelli, Niccolò 28, 50
Madison, James 24, 27, 37, 44, 45, 48–50, 106, 132, 158–160, 175, 177, 193, 253, 254
McCarthy, Kevin 63, 258
McConnell, Mitch 62, 75, 172, 173
Nixon, Richard 51, 87, 96, 97, 107, 110, 114, 117, 118, 121, 123, 130, 207, 265, 278, 288–290, 301
Obama, Barack 29, 52, 62, 64, 85, 101–104, 108, 112, 115, 118, 119, 122, 124, 129, 130, 133, 144, 171–173, 175, 184, 201, 206–208, 231, 246, 248, 260, 278, 293, 301, 304, 305
Ocasio-Cortez, Alexandria 57, 58, 295
O'Reilly, Bill 274
Paine, Thomas 25, 27, 35
Paterson, William 44
Pelosi, Nancy 62–64
Pence, Mike 112
Reagan, Ronald 51, 94, 97, 98, 108, 114, 116–118, 121, 130, 141, 172, 183, 203, 208, 265, 266, 278, 290, 301
Romney, Mitt 103, 304
Roosevelt, Franklin D. (FDR) 26, 91, 92, 94, 110, 132, 182, 202, 288
Roosevelt, Theodore 94, 107, 114, 171
Rousseau, Jean-Jacques 24
Sanders, Bernie 204, 226, 234, 249, 258, 293, 295
Thurmond, Strom 74, 202, 203, 223
Truman, Harry 86, 91–93, 107, 112, 114, 117–119, 121–123, 127, 171, 202, 203, 207, 300
Trump, Donald 29, 52, 60–62, 64, 85, 88, 95, 99, 103–105, 108, 112, 115–123, 129–131, 133–137, 142–144, 164, 169, 172, 175, 176, 185, 190, 204–206, 208, 215, 220, 231–233, 239–242, 244, 245, 248, 260, 261, 273, 278–281, 283, 292–295, 302–305
Wallace, George C. 203, 288, 289, 294
Washington, George 35, 38, 57–59, 64, 65, 72, 92, 97, 105, 106, 117, 132, 134, 158, 168, 184, 187, 188, 190, 193, 225, 230, 231, 236, 254, 261, 272, 279, 286, 289, 290, 306

**Bereits erschienen in der Reihe
STUDIENKURS POLITIKWISSENSCHAFT (ab 2017)**

Demokratie

Von Prof. Dr. Samuel Salzborn
2., aktualisierte und erweiterte Auflage, 2021, 186 Seiten, broschiert,
ISBN 978-3-8487-8296-3

Migrationspolitik

Von Prof. Dr. Hannes Schammann und Dr. Danielle Gluns
2021, 274 Seiten, broschiert, ISBN 978-3-8487-4054-3

Chinese Politics

Von Prof. Dr. Dr. Nele Noesselt
2021, ca. 270 Seiten, broschiert, ISBN 978-3-8487-4673-6

Föderalismus

Von Prof. Dr. Roland Sturm
3., umfassend aktualisierte Auflage, 2020, 201 Seiten, broschiert, ISBN
978-3-8487-7786-0

Das politische System der Schweiz

Von Prof. Dr. Adrian Vatter
4., vollständig aktualisierte Auflage, 2020, 592 Seiten, broschiert, ISBN
978-3-8487-6564-5

Rechtsextremismus

Von Prof. Dr. Samuel Salzborn
4., überarbeitete und erweiterte Auflage 2020, 186 S., broschiert, ISBN
978-3-8487-6759-5

Das erste Forschungsprojekt

Von Prof. Dr. Tom Mannewitz
2020, 344 Seiten, broschiert, ISBN 978-3-8487-6760-1

Entscheidungs- und Spieltheorie

Von Prof. Dr. Joachim Behnke
2., durchgesehene und aktualisierte Auflage 2020, 230 S., broschiert, ISBN
978-3-8487-6254-5

Hispanoamerika

Von Prof. Dr. rer. pol. Hartmut Sangmeister
2019, 249 S., broschiert, ISBN 978-3-8487-5102-0

Internationale Politische Ökonomie

Von Prof. Dr. Stefan A. Schirm
4., unveränderte Auflage 2019, 290 S., broschiert, ISBN 978-3-8487-5984-2

Theoretiker der Politik

Von Prof. em. Dr. Frank R. Pfetsch

3. Auflage 2019, 614 S., broschiert, ISBN 978-3-8487-5015-3

Chinesische Politik

Von Prof. Dr. Dr. Nele Noesselt

2., aktualisierte und überarbeitete Auflage 2018, 252 S., broschiert, ISBN 978-3-8487-4238-7

Einführung in die Politikwissenschaft

Von Prof. Dr. Thomas Bernauer, Prof. Dr. Detlef Jahn, Dr. Patrick M. Kuhn und Prof. Dr. Stefanie Walter

4., durchgesehene Auflage 2018, 566 S., broschiert, ISBN 978-3-8487-4872-3

Internationale Sicherheit und Frieden

Von Prof. Dr. Heinz Gärtner

3., erweiterte und aktualisierte Auflage 2018, 338 S., broschiert, ISBN 978-3-8487-4198-4

Methoden der Politikwissenschaft

Von Prof. Dr. Bettina Westle

2. Auflage 2018, 436 S., broschiert, ISBN 978-3-8487-3946-2

Parlamentarismus

Von Prof. Dr. Stefan Marschall

3., aktualisierte Auflage 2018, 265 S., broschiert, ISBN 978-3-8487-5231-7

Weltbilder und Weltordnung

Von Prof. Dr. Gert Krell und Prof. Dr. Peter Schlotter

5., überarbeitete und aktualisierte Auflage 2018, 462 S., broschiert, ISBN 978-3-8487-4183-0

Grundbegriffe der Politik

Von Dr. Martin Schwarz, Prof. Dr. Karl-Heinz Breier und Prof. Dr. Peter Nitschke

2., aktualisierte und erweiterte Auflage 2017, 246 S., broschiert, ISBN 978-3-8487-4197-7